

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

5.10.1917 (No. 271)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 271

Freitag, den 5. Oktober 1917

160. Jahrgang

Expedition:
Carl-Friedrich-Str. 14
Fernsprecher Nr. 953 und 954,
Postfachkonto Karlsruhe
Nr. 3515.

Vorauszahlung: vierteljährlich 4,45 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4,46 M. —
Anzeigengebühr: die 6 mal gesaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzerz, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 4. Oktober.

• Vom Tage.

In Rußland hat die rasche Erledigung der Affäre Kornilow keineswegs zu einer Befestigung der Ordnung und der staatlichen Gewalt geführt. Im Gegenteil! Das Chaos ist nur noch schlimmer geworden. Wie es scheint, soll Rußland überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen, soll die Anarchie der für dieses staatliche Gebilde gegebenen Zustand sein. Was die Stellung Kerenskys anlangt, so ist sie zweifellos unsicherer, als noch vor einem Monat. Er und seine vier Kollegen, die den Rußland regierenden Fünfmännerrat bilden, schwanken in ihren Entschlüssen zwischen rechts und links hin und her. Gewiß können sie sich noch auf die Partei der gemäßigten Sozialisten stützen. Aber das Abenteuer Kornilows hat doch ganz offenbar die ganz linksstehende Gruppe der Maximalisten oder Bolschewiki gestärkt. Und diese Gruppe hat für Kerensky wenig übrig. Auch viele gemäßigtere Sozialisten haben wohl eingesehen, daß es der von Kornilow vertretenen Partei gegenüber kein Partieren gibt, und daß die Partei mit ihrer Politik Recht behalten hat, die die entschlossenste Stellung gegen die hohen Militärs und die mit ihnen verbündeten Parteigruppen einnahm. Das sind aber die Bolschewiki, die Anhänger des geflohenen Lenin, der übrigens langsam wieder an der Oberfläche des politischen Lebens aufsteigt.

Die erste Folge der Niederlage des Kornilow'schen Unternehmens war der Plan der demokratischen Konferenz, einer Versammlung von Vertretern der sozialistischen und demokratischen Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den republikanisch-demokratischen Ausbau des Staates zu sichern, indem sie Vorschläge entwirft zur Wiederbefestigung der staatlichen Ordnung und zur Verhütung störender Eingriffe von seiten bürgerlicher Parteien. Stand die Staatskonferenz in Moskau mehr im Zeichen des Bürgerturns, so ist die demokratische Konferenz, die sich stolz eine Art Vorparlament nennt, von andersdenkenden Elementen so gut wie frei. Ihre Beratungen dauern noch an. Einen Antrag der Maximalisten auf sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen hat sie mit ganz schwacher Mehrheit noch gerade zu vereiteln gewußt. Dagegen hat sie sich gegen ein Zusammenarbeiten mit den Kadetten, sowie gegen die Bildung eines Ministeriums, in dem diese Partei vertreten ist, ausgesprochen. Sie will wohl mit den anderen bürgerlichen Parteien (z. B. den Oktoberisten) zusammengehen und stimmt im Grundsatze der Bildung eines Koalitionsministeriums zu. Nur die Kadetten sollen von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen bleiben. Diese feindliche Haltung gegenüber der mächtigsten und leistungsfähigsten Partei im Lande wird ohne weiteres erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Kadetten es waren, die Kornilow's Unternehmen mit offener Zustimmung begleiteten. Kerensky soll auf der demokratischen Konferenz nicht die bedeutende Rolle gespielt haben, die man bisher bei ihm gewohnt war. Die Einsicht, daß er nicht die Befähigung zum Retter Rußlands in sich trägt, ja daß er sogar mit in erster Linie für das grenzenlose Chaos verantwortlich zu machen ist, scheint sich in immer weiteren Kreisen festzusetzen. In seinen früheren Kollegen, dem Sozialistenführer Tschernow, ist ihm zudem ein gefährlicher Gegner und Rivale erwachsen. Wie sehr Kerenskys Ansehen gelitten hat, beweist das Gerücht, er habe eigentlich mit Kornilow unter einer Decke gesteckt.

Die wichtigste Frage für Rußland ist nach wie vor natürlich die, ob es den Krieg fortsetzen will, oder ob es den Frieden will. Einer Zeitungsmeldung nach bereitet Kerensky, der ja dem Namen nach Generalissimus ist, eine neue Offensive an allen Teilen der Front vor. Wie dagegen andere Blätter übereinstimmend zu berichten wissen, soll das russische Heer auf ein Drittel seines jetzigen Bestandes herabgemindert werden, damit genügend Menschen für die immer dringender werdenden Arbeiten hinter der Front, so vor allem im Bereich des Munitions- und Transportwesens, verfügbar werden. Der Entschluß wäre — seine Wichtigkeit vorausgesetzt — an sich nicht so unvernünftig, da tatsächlich Rußland nur dann den Krieg weiterführen kann, wenn es für die nö-

tige Verpflegung, für die nötige Bewaffnung und für die nötigen Transportmittel sorgt. Aber selbstverständlich bedeutet der Entschluß auf der anderen Seite eine derartige Schwächung der Front, daß einzelne Blätter der Entente bereits mit Recht von einem freiwilligen Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg sprechen. Im übrigen haben sich die Zustände innerhalb des Heeres in den letzten Wochen keineswegs gebessert. Der alte Gegensatz zwischen Offizieren und Mannschaften ist nach dem Abenteuer Kornilows nur noch schlimmer geworden. Keinerdings soll auch wieder die Ostflotte der Regierung Treue und Gehorsam aufgesetzt haben. Ferner soll die endgültige Lösung Finnlands nicht bedürftig sein.

Rotterdam zu unterbrechen. Im Laufe von 14 Tagen wurden nicht weniger als 5 schwedische Kohlenfahrzeuge, die sich auf der Heimreise nach Holland befanden, von den Engländern aufgebracht und nach Gravesend geschleppt. Auch ein Dampfer, der von Schweden nach Holland fuhr, wird vermißt und dürfte das gleiche Schicksal erlitten haben.

* Beschlagnahme schwedischer Fahrzeuge durch die Entente. Wie „Aftonbladet“ berichtet, hat die Beschlagnahme schwedischer Fahrzeuge in den Häfen der Entente bereits begonnen. Der Vertreter der Linien der schwedischen Reederei, Svan Boldget, telegraphiert, daß 34 Dampfer, die seit Beginn des Jahres in Vonsieur und Cherbourg liegen, für die französische Regierung in Anspruch genommen wurden. Von irgend welchen Entschädigungen für die Schiffe war noch keine Rede. (B.B.)

Zweiter Tagesbericht vom 3. Oktober.

B.T.B. Berlin, 3. Okt., abends. (Amtlich.) Im Westen bei wechselnder Feuerartigkeit keine größeren Kampfhandlungen. Im Osten nichts von Bedeutung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Meisterstück unserer Bombengeschwader: Dünkirchen vernichtet!

* Unsere Bombengeschwader haben in den letzten Tagen und vor allem in den Nacht- und Tagesstunden des 1. Oktober außerordentliches geleistet. Ihre Angriffe galten wie gewöhnlich den militärischen Anlagen und Truppenunterkünften hinter den Kampfzonen. Die feindlichen Flughäfen bei Verdun, die schon vor drei Tagen mit solchem Erfolg heimgesucht wurden, daß in drei Häfen anbauende und weithin sichliche Brände ausbrachen, wurden neuerdings mit 14 400 Kilogr. Sprengstoffen beworfen. Die Flugplätze, Stapelplätze und Truppenunterkünfte an der flandrischen Front erhielten in nachts und tags fortgesetzten Flügen über 40 000 Kilogr. Bomben. In St. Omer und Boulogne entstanden starke Brände.

Gleichzeitig wurden militärisch wichtige Anlagen in London und an verschiedenen Orten der englischen Küste erneut mit Bomben angegriffen. In London zeugten mehrere Brände von ihrer Wirkung.

In der Festung Dünkirchen riefen besonders gute Wurfes in der Nacht vom 28. zum 29. September ein Feuer hervor, das in den riesenhaften Vorräten, die hier angehäuft sind, reichste Nahrung fand. Nach 24 Stunden stellten unsere Flieger fest, daß der Brand nicht gelöscht war, sondern um sich gegriffen hatte. Acht Stunden später beobachteten sie, daß die Feuersbrünste sich über einen ganzen Stadtteil ausgebreitet hatten, und heute nacht konnten sie melden, daß ganz Dünkirchen ein Raub der Flammen geworden ist. Damit ist ein Hauptstapelplatz des belgisch-englischen Meeres und einer der größten Umschlaghäfen im Verkehr zwischen England und Frankreich vernichtet. (B.B.)

* Explosion in einer englischen Munitionsfabrik. Amtlich wird gemeldet, daß eine Explosion und ein heftiger Brand in einer Munitionsfabrik in Ostengland stattgefunden habe. Der Schaden ist erheblich. Ein Anzahl von Arbeitern ist verletzt.

* Aus der französischen Sozialdemokratie. Aus Bern wird gemeldet: Infolge der Abstimmung des Seinerbandes für den bevorstehenden Kongreß in Bordeaux mußte der von Longue und Pressemane geführten Fraktion französischer Sozialisten 24 Stimmen zuerkannt werden gegen 22 der regierungsfreundlichen Fraktion Renaudel-Thomas.

Eine Genfer Depesche der „Bad. Presse“ bejagt: „Die dem Pariser Sozialistentag vorgelegte Resolution der Sozialistenmehrheit fordert die vorüberige Anerkennung des Rechts Frankreichs auf Elsaß-Lothringen, bevor Friedensbesprechungen stattfinden dürften. Die zum Siege gebrachte Resolution der bisherigen Minderheit wünscht dagegen eine sofortige Aufnahme der Friedensbesprechungen mit dem Feinde.“

* Ausschluss Hervés aus der sozialistischen Partei. Von der schweizerischen Grenze wird dem „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt: Der Ausschluss Hervés aus der sozialistischen Partei wurde von dem Kongreß des Seine-Departements fast einstimmig beschlossen. Laut „Journal de Peuple“ enthält der Beschluß die härtesten und beleidigendsten Anschuldigungen gegen Hervés, denen auch Alfred Thomas und Caché beipflichteten.

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

B.T.B. Wien, 3. Okt. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Südlicher Kriegsschauplatz und Albanien. Keine Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

B.T.B. Sofia, 3. Okt. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom 2. Oktober: Mazedonische Front:

7 Kriego-Anleihe

Deutsche Worte
an das
deutsche Volk

Aus Waterloo, aus
Austerlitz, aus
Jena, fällt nicht
die ganze Nation,
für sind die starken
Wurzeln der Nation.

Friedrich Schiller

Das Allheilmittel, das die Entente für ihr russisches Schmerzenskind übrig hat, besteht in dem Vorschlag, ganz Rußland in eigene, d. h. englisch-französisch-japanische Regie zu nehmen. Und zwar in der Weise, daß England die Verwaltung und die Finanzen, Frankreich die militärische Leitung und Japan die Regelung des Munitions- und Zufuhrwesens übernimmt. Es ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die Regierung Kerenskys diesen Vorschlag akzeptieren wird. Kerensky ist doch immerhin russischer Patriot. Und als Soldat wird er wissen, was der Vorschlag für Rußland und seine Zukunft bedeutet. Rußland würde ein zweites Griechenland werden! A.

Der Krieg zur See.

B.T.B. Berlin, 4. Okt. (Amtlich.) Seekampflinien der flandrischen Küste haben unter der bewährten Führung des Oberleutnants z. S. Christiansen am 1. Oktober abends vor der Themsemündung ein englisches Großflugboot abgeschossen und vernichtet. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

B.T.B. Berlin, 3. Okt. (Amtlich.) Neue U-Boots-erfolge im Armeekanal und in der Nordsee: 4 Dampfer, 1 Segler und ein Fischerfahrzeug, darunter 3 bewaffnete Dampfer und der neue englische Segler „Independence“. Von den drei bewaffneten Dampfern fuhr einer unter französischer Flagge, die anderen waren vom Aussehen des englischen Dampfers „Cendal Castle“ (3885 Bruttoregistertonnen).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

* Englische Gewaltmaßregeln gegen Schweden. Die „Dagen Nyheter“ aus Amsterdam erzählt, versuchten die Engländer die Kohlenzufuhr nach Schweden aus

Auf der ganzen Front schwaches Geschützfeuer, etwas lebhafter im Cerna-Vogen. Feindliche Erkundungsabteilungen, die westlich des Doiraa-Sees und an der Straße Struma-Ründung bis in unsere Stellungen vorzudringen versuchten, wurden durch Feuer vertrieben. Im Warbar- und Struma-Tal Artillerietätigkeit.

Rumänische Front: Bei Tulcea und westlich Macea-Geschützfeuer. Eine feindliche Erkundungsabteilung, die an unsere Stellungen südlich von Galak heranzukommen versuchte, wurde durch Feuer vertrieben.

Der russische demokratische Kongress. Eine Meldung vom 3. Oktober besagt: In der Abendigung des demokratischen Kongresses sprachen Vertreter der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte, von denen die Mehrzahl gegen eine Mitarbeit der bürgerlichen Elemente war. Im Verlaufe der Sitzung wurde eine Abordnung von 200 Arbeitern und Arbeiterinnen in Begleitung von Soldaten in den Sitzungsraum einzubringen, indem sie erklärten, daß sie die Vorsitzenden einer halben Million Petersburger Arbeiter seien, die sie gefandt hätten, um gegen den Grundgedanken der Koalition zu protestieren, sofortigen Frieden zu verlangen und die Abschaffung des Privateigentums, sowie andere Wünsche vorzubringen, wie sie in der kürzlich maximalistischen Entschließung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats dargelegt seien. Nach langen Unterhandlungen wurden 6 Mitglieder der Abordnung zur Sitzung zugelassen, um ihre Wünsche vorzutragen. — „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Der demokratische Kongress hat mit 610 gegen 585 Stimmen den Antrag der Maximalisten nach einer Handhabung für sofortige Friedensverhandlungen von der Tagesordnung abgelehnt.

Petersburg, 3. Okt. Meldung der Petersburger Tel.-Ag. Nachdem die Riste der Redner auf der demokratischen Konferenz erschöpft war, erklärte der Vorsitzende Tschibische: Die Versammlung wird zuerst über die Formeln für oder gegen die Koalition zu stimmen haben und darauf über 2 andere Formeln, nämlich erstens über eine Koalition mit der Kadettenpartei und zweitens über eine Koalition allein mit den Geschäftsträgern der Kadettenpartei. Mit 700 gegen 688 Stimmen sprach sich die demokratische Konferenz für die Koalition aus. Da sich aber bei der Unterabstimmung über die Art der Zusammenarbeit mit den Kadetten keine Sicherheit fand, wurde bei nochmaliger Abstimmung die Koalition überhaupt mit 813 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Nach diesen sich widersprechenden Beschlüssen für und gegen eine Koalition entschied die demokratische Konferenz, daß das beträchtlich durch Vertreter aller Parteien verstärkte Bureau am Nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten solle, um die Mittel zur Beilegung der Widerprüche zu suchen und die Einheit des demokratischen Willens zu verwirklichen. Gleichzeitig nahm die Konferenz eine Entschließung an, sich nicht eher aufzulösen, bis die Regierungsgewalt in einer für die Demokraten annehmbaren Form sich gebildet habe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

W. I. V. Wien, 3. Okt. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An dem San-Gabriele-Abchnitt flammten gestern die Infanteriekämpfe neuerlich auf. Stärkere feindliche Kräfte stürmten gegen unsere Stellungen. Der Gewinn eines schmalen Grabenstückes am Westhang des Berges bildet für die Italiener das einzige Ergebnis ihrer verlustreichen Angriffe.

Der Chef des Generalstabes.

Englisch-französische Truppen zur Niederschlagung der Unruhen in Italien. Auf dem Sozialistenkongress in Vorbezug werden einer Genfer Meldung des „Kafalanzers“ zufolge die jüngsten Vorgänge in einzelnen italienischen Städten zur Sprache gebracht und insbesondere die Frage erörtert, ob zur Unterdrückung sozialistischer Bewegungen ein Ententestaat vom anderen Truppen entnehmen dürfe. Danach scheint es sich zu bemerken, daß englische und französische Kontingente zur Niederschlagung der Unruhen in Italien verwendet wurden.

Der Krieg und die Heimat.

Der 70. Geburtstag Hindenburgs.

Über die Feier des 70. Geburtstags Hindenburgs im Großen Hauptquartier wird unterm 3. ds. Mts. aus Berlin gemeldet:

Frühmorgens erschien gestern S. M. der Kaiser in der Wohnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und sprach ihm als erster seine Glückwünsche aus. Das Kaisergericht besteht in einer Armorbüste des allerhöchsten Kriegsherrn. Außerdem stellte der Kaiser den Generalfeldmarschall à la suite des Oldenburgischen Inf.-Regiments Nr. 91. Als Generalfeldmarschall von Hindenburg dann zum Dienst ging, umfäumten die Straßen von der Wohnung bis zum Generalstabsgebäude Schulkinder, die ihm Herbstblumen auf den Weg streuten. Hinter den Kinder drängten sich die ans Stadt und Land zusammengeströmte Bevölkerung und beehrte dem Feldmarschall jubelnde Huldigung. Vor dem Generalstabsgebäude empfing General Ludendorff an der Spitze der Generalstabsoffiziere des Großen Hauptquartiers den Generalfeldmarschall und entwarf in kurzen Worten ein Lebensbild des Generalfeldmarschalls als Verkörperung der rühmreichen Entwicklung des preussischen und deutschen Vaterlandes und brachte im Namen des Generalstabs ein Hoch auf den Generalfeldmarschall aus.

Der Generalfeldmarschall von Hindenburg erwiderte mit Dank an seine Mitarbeiter, besonders an seinen treuen und verehrten Exzellenz Generalquartiermeister. Er schritt darauf die Front der vor dem Generalstabsgebäude aufgestellten Kriegerehren und anderer Korporationen ab, für die der Landrat des Kreises Glückwünsche aussprach. Der Feldmarschall erwiderte, daß es ihm an heutigen Tage eine ganz besondere Freude sei, sich mit dem ganzen deutschen Volke eins zu wissen in Siegeswillen und Siegeszuversicht. Er sprach in Worten der Anerkennung von den Leistungen des Heeres in der Heimat und brachte aus allem treuem Soldatenherzen auf S. M. den Kaiser ein Hoch aus.

Beim Abschieden der Front verweilte er längere Zeit und sprach mit den alten Kriegern und besonders auch mit den aus den Lazarett des Hauptquartiers erschienenen Verwundeten. Es schloß sich die Begrüßung durch die Bevollmächtigten der Verbündeten an. S. M. der Kaiser hatte hierzu wie noch an anderer Stelle bezeugt seinen Flügeladjutanten Oberleutnant Capinelli mit besonderem Handfächern entsandt. S. M. der Sultan und S. M. der König der Bulgaren, ebenso die Oberbefehlshaber der Verbündeten hatten im Namen ihrer Armeen telegraphische Glückwünsche übermittelt. Auch Abordnungen von Di-

gnisten und Mannschaften der Regimenter, zu denen der Feldmarschall als Chef oder à la suite Beziehungen hat, waren im Hauptquartier eingetroffen. Am Vormittag traf noch der Reichsanwalt ein. Nachmittags waren die nächsten Mitarbeiter des Generalfeldmarschalls und zur Begrüßung erschienen Persönlichkeiten mit dem Generalfeldmarschall zur kaiserlichen Tafel gezogen.

Im Anschluß an den täglichen Vortrag des Generalfeldmarschalls über die Lage auf den Kriegsschauplätzen fand gestern bei seiner Majestät eine Mittagstafel statt. Bald nach Beginn erhob sich der Kaiser und feierte den Feldmarschall als Feldherrn und Helden des deutschen Volkes. Gleich König Wilhelm und seinen Paladinen sei es ihm vergönnt, in hohem Alter noch Laten weltgeschichtlicher Größe zu vollbringen. Der Kaiser dankte ihm dafür im Namen des ganzen Heeres und Volkes. Die geliebte und verehrte Gestalt des Feldmarschalls werde in kommenden Jahrhunderten sagenhaft umwoben werden. Er wünsche, daß Gott ihn zu weiteren Laten erhalten möge, zum siegreichen Endkampfe, aus dem ein starkes, gesundes und geehrtes Deutschland hervorgehen werde. In seiner Antwort dankte der Feldmarschall seinem kaiserlichen und königlichen Herrn für das in ihm gefasste Vertrauen, das er mit Heer und Volk rechtfertigen werde.

Der Bundesrat hat an Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet: Ganz Deutschland gedenkt heute in unaussprechlicher Dankbarkeit und mit heißen Gegenwünschen seines großen Feldmarschalls, Ew. Erzellenz sind den deutschen Stämmen nicht nur der unvergleichliche Leiter des Heeres und Lenker der Schlachten, sondern auch Hort und Führer des gesamten Volkes in seinem Schaffen und Tragen, Denken und Hoffen. Ihr in Gottvertrauen und tiefer Einsicht in des deutschen Volkes inneren Mangel fester Glaube an Deutschlands Sieg und Größe schafft und mehrt allenthalben in Heer und Heimat Kraft und Zuversicht. Möge Ew. Erzellenz vergönnt sein, das deutsche Volk zum großen Ziel zu führen und im neuen Frieden noch lange die Vollendung Ihres Wertes zu schauen.

Durchhalten muss sein. — Dass die aufgewandten Milliarden im Lande verbleiben, ist ein ungeheurer Vorteil gegenüber unseren Feinden, deren Gold in das Ausland abfließt.

In Stahl und Eisen steht Deutschlands Wehr in Feindesland und wird dem Vaterland den erdofften glorreichen Frieden erkämpfen.

Leopold,

Prinz von Bayern,

Generalfeldmarschall.

Die Gegenwart verlangt nicht selbstgefällige Worte, sondern selbstlose Taten — auch von dem Volk dabei. Die Höhe der Zeichnungen zur 7. Kriegsanleihe wird zum Gradmesser für die Siegeszuversicht des deutschen Volkes werden.

von Mackensen,

Generalfeldmarschall.

Hindenburgs Dank.

Großes Hauptquartier, 3. Okt.

Mit Seiner Majestät, meinem allergnädigsten Kaiser, König und Herren, haben viele Kreise des deutschen Volkes Anteil genommen an meinem siebzigjährigen Geburtstag. Der Tag ist dadurch für mich zu einem Festtag geworden, dessen herrliche Eindrücke bis an mein Lebensende in meinem Herzen haften werden. Meinen tiefempfundenen Dank kann ich nur auf diesem Wege ausdrücken.

Durch all die ungezählten Beweise freundlicher Anteilnahme zieht sich gemeinsam der Ausdruck des Vertrauens, daß ich wie bisher mein ganzes Denken und Handeln als treuer Diener meines kaiserlichen und königlichen Herrn für das Wohl des Vaterlandes einsetzen werde. Diejem allseitigen Vertrauen entnehme ich die Berechtigung zu einer Bitte.

Wir haben dem übermächtigen Ansturm unserer Gegner mit Gottes Hilfe durch deutsche Kraft widerstanden, weil wir einig waren, weil jeder freudig alles gab. So muß es bleiben bis zum letzten „Aun danke alle Gott“ auf blutiger Bahnhaut. Sorgt nicht, was nach dem Krieg werden soll! Das bringt nur Mühsal in unsere Reihen und stärkt die Hoffnungen unserer Feinde. Vertraut, daß Deutschland erreichen wird, was es braucht, um für alle Zeit gesichert dazustehen, vertraut, daß der deutschen Eiche Lust und Licht geschaffen werden wird zu freier Entfaltung!

Die Musteln gestrafft, die Kerben gespannt, das Auge gerade aus! Wir sehen das Ziel vor uns: Ein Deutschland hoch in Ehren, frei und groß! Gott wird auch weiter mit uns sein!

Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Okt. Am Bundesratspräsident Dr. Helfferich, Dr. Krause, Dr. Wallraf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes über die Ergänzung der Weisheit der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Zimmungsgerichts während des Krieges. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Es folgen Petitionen. Darauf die Fortsetzung der zweiten Lesung des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Abg. Bell (Frt.) beantwortet die Vorlage.

Abg. Schumann (Soz.): Wir beantragen, den Friedenswert der verlorenen Schiffe als Beihilfe, was darüber hinausgeht, nur als Darlehen zu gewähren. Das würden 562,5 Millionen Mark Beihilfe und 49 Millionen Mark Darlehen ausmachen. Mit diesem Antrage würden wir dem Gesetze zustimmen. Auch mit einer Nebenbewilligung wegen dieses Antrages an den Ausschuss würden wir einverstanden sein.

Abg. Garkens (F. Vp.): Wir stimmen, wenn auch ohne große Begeisterung, dem Entwurfe zu.

Abg. Dr. Schumann (Nll.): Gegenüber den gewaltigen Leistungen darf nicht mit halben Mitteln gearbeitet werden.

Wir haben uns deshalb gerne auf dem Boden der Vorlage gestellt.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Morgen 2 Uhr: Interpellationen, Vereinfachung der Rechtspflege, Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Der Hauptauschuss des Reichstags behandelte am Dienstag zunächst einen Antrag des Zentrums, den Reichsanwalt erneut bringen zu erlauben, dem Reichstag schuldig einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne in allen Fällen vorschreibt. Ein Mitglied der Nationalliberalen bemerkte, eine Vertagung und Vertagung wucherischer Verträge müsse eintreten. Ein Redner der Sozialdemokratie erklärte, dem Zentrumsantrag zustimmen zu wollen. Ein unabhängiger Sozialdemokrat verwies auf die nach seiner Ansicht mit Hilfe der Staatsfortverwaltungen in die Höhe getriebenen Holzpreise und verlangte die Festsetzung von Höchstpreisen.

Ein Fortschrittler unterstützte die Forderung auf Vertagung des Wuchergesetzes. Ein Vertreter des Reichsjustizamtes entschuldigte zunächst die Abwesenheit des Staatssekretärs v. Krause. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Staatssekretäre sei es gewesen, zu prüfen, wie eine Revision der Wuchergesetzgebung herbeigeführt werden könne. Es werde erzwungen, wie der Begriff des täglichen Bedarfs und des übermäßigen Gewinns näher umschrieben und übermäßige Gewinne zugunsten des Reiches mehr als bisher erfasst werden könnten. Die Bestimmungen über Preisverhinderung und gegen die Überbereicherung von Höchstpreisen ermöglichen seit längerem ein scharfes Vorgehen, aber eine Änderung der Wuchergesetzgebung bedeuere Schwierigkeiten. Man könne vielleicht zurückgreifen auf die Bestimmungen des Landrechts, wonach unerlaubter Gewinn zugunsten des Fiskus eingezogen werde.

Ein anderes Zentrumsmitglied ersucht in der Entschließung dahin zu wirken, erstens, daß die wucherischen Preisverhinderungen des Schleichhandels mehr als bisher verfolgt und bei der Bestrafung besonders auf Rückerrstattung der Gewinne erkannt wird; zweitens, Maßnahmen zu treffen, wodurch willkürliche und ungerechtfertigte Preisserhöhungen für Lebensmittel und notwendige Gebrauchsgüter des täglichen Lebens verhindert werden. Staatssekretär Dr. Müller erklärte, eine neue Verordnung zum Kriegswucher erscheine nicht sehr aussichtsreich. Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes habe ein Treuhandbureau eingesetzt, das die Bilanzen und Kapitalisation der Kriegsernährungsämter scharf und erfolgreich nachprüft. Dasselbe Treuhandbureau verschaffe sich jetzt durch Überprüfung Material für die Festsetzung der Höchstpreise. Bei den Verhandlungen seien Fabrikanten, Händler und betraute Beamte stets zugezogen. Die Preisprüfungsstellen hätten ihre Provis verollständigt. Es sei berechtigt, daß der Kleinhandel, bei den Höchstpreisen noch eine ausdehnbare Entscheidung als bisher erhalte. Den wucherischen Preissteigerungen in Holz sei nicht leicht entgegenzuwirken, weil solche Auktionswaren sich nur sehr schwer einer öffentlichen Preisregelung unterwerfen. Der Holzpreis werde vorwiegend durch die Absatzkosten bestimmt. Ein Weg für die Höchstpreise sei nicht gefunden. Im übrigen komme es auf Einzelfälle an. Der Schleichhandel werde sehr energisch durch die Kriegswucherämter bekämpft. Zuerst habe man die Endläufe (Restaurant) zu verschütten versucht. Neuerdings schwebten Verhandlungen mit dem Kriegs- und Eisenbahnministerium hinsichtlich besserer Kontrolle der Transportmittel.

Der Gedanke, durch hohe Preise für den Erzeuger und Staatszuschüsse dem Schleichhandel vorzubeugen, erscheine nicht glücklich. Die Preise des Schleichhandels würden stets höher sein, als irgend ein festgesetzter Preis, weil der Mangel die Vermögenden immer wieder zur Genüßung höherer Preise veranlasse, so daß ein ganz vollständiger Erfolg wohl nicht zu erreichen sei. Schließlich wurden die beiden Zentrumsanträge angenommen.

Eine Kundgebung des Vereins deutscher Zeitungsverleger.

Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger, E. F., erläßt folgende Kundgebung:

In verschiedenen Berliner Zeitungen, insbesondere im Berliner Lokalanzeiger und Berliner Tageblatt, sind gegen die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe und gegen deren Leiter, Herrn Reich, ebenfalls keine unbegründete Angriffe erhoben worden. Wir fühlen uns verpflichtet zu der Feststellung, daß die Behauptung, in Verlegerkreisen seien sich alle einig, daß die ganze Papiernotfrage längst aufgehört habe, nur eine sachliche Frage zu sein, sondern längst eine Personenfrage geworden sei, jeder Begründung entbehrt. Diese Behauptung kann ja gar nicht bewiesen werden aus dem kleinen Kreise einiger Berliner Zeitungsverleger, während sich in Wahrheit der Verein Deutscher Zeitungsverleger, in dem einschließlich der Preisvereine etwa 1500 Zeitungsverleger, also die überwiegende Mehrzahl der deutschen Zeitungen ihre Vertretung finden, davon überzeugt hat, daß die Kriegswirtschaftsstelle und ihr Leiter nichts anderes getan haben, als daß sie die ihnen auferlegte Festsetzung des Bezugspreises für die einzelne Zeitung getreu und verordnungsgemäß und pflichttreu durchführten. Tatsächlich sind von berufener Seite die richtigen Persönlichkeiten an die richtigen Stellen gesetzt worden. Sie können und dürfen allerdings eine einheitliche Bevorzugung einzelner Blätter weder anordnen noch begünstigen. Dabei ist in diesen nur persönlichen und gänzlich unsachlichen Angriffen die Kriegswirtschaftsstelle als eine Schwesterorganisation der Kriegsgesellschaften bezeichnet worden, die irgend welche Waren betriebschaffen, während die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe bekanntlich nur die Nationalisierung des Papiers, weder den Einkauf noch den Verkauf zu behandeln hat. Trotzdem haben sich in einer allen Weiräten bekannten enormen Arbeit freiwillig und mit Erfolg um die Versorgung mit Zeitungspapier bemüht und sich damit über ihren Pflichtenkreis hinaus andauernd zum Zwecke der Linderung der Papiernot der einzelnen, auch der Berliner Verleger, betätigt.

Wenn die Dinge im Krieg auch hier oft härter sind, als die Menschen, so bleibt es gleichwohl ein schweres Unrecht, nach Willkür Anlagen gegen Einrichtungen und Personen zu erheben, die sich in jeder Beziehung bewährt haben. Das System der Nationalisierung weist Mängel auf, wie jedes andere, aber ohne die Kontingenterung, ohne die Kriegswirtschaftsstelle und die Beihilfe der Behörden wäre das Erscheinen der deutschen Zeitungen kaum mehr möglich gewesen.

Deshalb bedauern wir die hier gekennzeichneten ebenso unsachlichen wie ungerechten Angriffe und sprechen als dazu Befugte im Namen der deutschen Zeitungsverleger der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, ihrem Leiter und dem ebenso ungerecht angegriffenen Reichsamt des Innern unsere Anerkennung und unser Vertrauen aus. Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, E. F. Dr. Jaber, Vorsitzender.

* Bitte dem Vaterland! Je härter ein Überfallener sich wehrt, desto eher wird der Angreifer ablassen. Kriegsanleihe zeichnen heißt, zum Kräfteaufwand des Vaterlandes beitragen.

Da die Gelanage nicht nur sicher, sondern auch gut verginlich ist, so kann man fragen: Warum sollte man denn etwa keine Kriegsanleihe zeichnen? Es gibt in der Tat keine Ausrede für ein Ablehnen.

Die Einzahlungen auf die 7. Kriegsanleihe haben, obwohl der erste Fälligkeitstermin der 18. Oktober ist, bereits seit dem 29. September einen außerordentlich großen Umfang angenommen, so daß der bisher festgestellte Betrag den während der gleichen Zeit bei der 6. Kriegsanleihe eingezahlten erheblich übersteigt. Diese sehr erfreuliche Tatsache sei für jedermann eine Mahnung, mit dafür zu sorgen, daß das Endergebnis der Zeichnungen den 3. St. hochgehaltene Erwartungen entspricht.

Parlamentarischer Abend beim Reichskanzler. Zum erstenmal seit Kriegsbeginn öffnet sich die Räume des Reichskanzlerhauses gestern wieder zu einem parlamentarischen Abend. Unterstützt von seinem Pressesekretär und seinem Adjutanten empfing der Reichskanzler aufs liebenswürdigste seine zahlreichen Gäste aus allen Parteien des Reichstags. Außer den Abgeordneten waren fast sämtliche Staatsminister, Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Ministerialdirektoren, mehrere Mitglieder des Bundesrates, die Direktoren und die Räte der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes und der Polizeipräsident von Berlin erschienen. Auch eine große Zahl von Vertretern der Presseorganisationen des Reiches und der Berliner Presse waren geladen, denen somit wie den Abgeordneten selbst, erwünschte Gelegenheit geboten wird, die neuen Mitglieder der Reichsleitung und der preussischen Staatsregierung in zwanglosem Gedankenaustausch kennen zu lernen. Die politische Unterhaltung war sehr reger und hielt die Gäste des Reichskanzlers bis in die zwölfte Stunde zusammen.

Feindliche Flieger über Straßburg und Köln.

Straßburg, 3. Okt. (W.L.B.) Feindliche Flieger versuchten am Dienstag, den 2. Oktober 1917, nach 9 Uhr abends, sich der Stadt zu nähern. In dem darauf einsetzenden Sperrfeuer der Abwehrgeschütze gelang es nur einigen wenigen Flugzeugen, die Stadt zu überfliegen. Nach Abwurf von wenigen Bomben nördlich des Festungsbereiches, wodurch feinerlei militärischer und nur ganz geringer Sachschaden angerichtet wurde, verschwanden die Flugzeuge allgemein in nördlicher Richtung.

Köln, 3. Okt. (Amtlich.) Feindliche Flieger überflogen vergangene Nacht zwischen 11 und 12 Uhr das Festungsgebiet. Bomben wurden nicht abgeworfen. Die Abwehr trat in Tätigkeit. (L.-U.)

Stuttgart, 3. Okt. (Nicht amtlich.) Gestern abend 10 Uhr 30 Minuten versuchten feindliche Flugzeuge zum drittenmal in drei hintereinander folgenden Nächten wiederum Stuttgart anzugreifen. Sie wurden aber durch wirksames Sperrfeuer abgehalten, Bomben auf die Stadt selbst zu werfen. Eine Anzahl auf die Gegend von Feuerbach und später auf Tübingen abgeworfener Bomben verursachte nur unbedeutenden Schaden und verletzte niemanden.

Die Neutralen.

Widertum des schwedischen Ministeriums. Das schwedische Ministerium hat sein Widerspruchsrecht eingeworfen. Der König forderte die Minister auf, vorläufig im Amte zu bleiben, bis das Gesetz geprüft ist. Nach einer Erklärung des Staatssekretärs berief der König die Führer der drei großen Reichsparteien zu sich und machte ihnen den Vorschlag, ein Ministerium von Vertretern sämtlicher Familien abzugeben, das nach innen und außen die Eingeleitungen zu formulieren könne, mit der bisherigen Neutralitätspolitik vom schwedischen Velle getragen werde. Der König appellierte an die vaterländische Gesinnung der Parteiführer in der ersten Zeit, ihre persönlichen Auffassungen der Parteianfichten einer glücklichen Lösung der vorliegenden Fragen nicht im Wege stehen zu lassen, sondern an das gemeinsame Ziel und das Wohl des Vaterlandes zu denken. Er bat sie, den Vorschlag genau zu erwägen und mit den Meinungsgegnern seine Möglichkeit zu prüfen und ihm dann das Ergebnis mitzuteilen.

Weitere Nachrichten.

Eine Rede Graf Czernins.

Zu Ehren des Ministers des Innern, Grafen Czernin, gab der ungarische Ministerpräsident Bekere in Budapest ein Wahl. Hierbei hielt Graf Czernin eine Rede, worin er ausführte, in großen Umfassen sei das österreichisch-ungarische Programm als der Aufbau einer neuen Weltordnung zu bezeichnen. In dem Augenblick, in dem Österreich-Ungarn bewiesen habe, daß es gesund und nicht ein zerfallendes Staatsgebilde sei, sei es in der Lage, gleichzeitig mit den Gegnern die Waffen niederzulegen und etwaige Streitigkeiten schiedsgerichtlich und friedlich zu regeln. Diese neue Erkenntnis, die sich in der Welt durchgerungen habe, biete Österreich-Ungarn die Möglichkeit, für den Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgebanten mit allen Kräften einzutreten. Europa müsse nach diesem Krieg auf eine andere internationale Rechtsbasis gestellt werden. Diese Rechtsbasis müsse vierfacher Art sein: Es dürfe kein Revanchekrieg mehr geben. Der Krieg als Mittel zur Politik müsse bekämpft werden. Auf internationaler Basis und unter internationaler Kontrolle müsse die allgemeine, gleichmäßige, sukzessive Abrüstung aller Staaten der Welt erfolgen. Die Weltmacht müsse auf das unumgänglich notwendige beschränkt werden. Der 2. Punkt sei die Freiheit des hohen Meeres, wenn auch nicht die Freiheit der Meereengen, sowie die Abrüstung zur See. Damit entfalle drittens jeder Grund für territoriale Sicherungen. Der 4. Grund sei die freie wirtschaftliche Entwicklung und die unbedingte Vermeidung des künftigen Wirtschaftskrieges. Wir müssen, bevor wir Frieden schließen, positive Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken einverstanden sind. Was die Entschädigungen anbelangt, hat etwa die Entente überhört die Pflicht, uns für alle Vermittlungen schadlos zu halten, oder erhofft sie einseitige Vergütung?

Wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg fortzusetzen, dann werden wir gezwungen sein, unser Programm zu revidieren und unserer Feinde Ertrag zu verlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Überzeugung habe, daß jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfriede den zukünftigen kommen könnte. Bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor.

Schließlich erklärte Czernin, wir würden in einem Jahr nach unbedeutend günstiger dastehen, als heute, aber er habe für ein Abbrechen keinen Grund, wegen irgend welcher

materiellen oder territorialen Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzusetzen, als die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft es erforderten. Aus diesem Grunde allein war ich für einen Verständigungsfrieden und ich bin es heute noch. Wenn aber unsere Feinde uns zwingen, diesen Worten fortzusetzen, dann behalten wir uns eine Revision unseres Programms und die Freiheit unserer Bedingungen vor.

Die „Neuzeitliche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Gedanken, die in der Kundgebung des Papstes ausgesprochen wurden, hat Graf Czernin in seiner gestrigen Budapest Rede weitergesponnen und grundsätzlich formuliert. Mit Nachdruck abgelehnt hat er die Vorstellung, daß die Entwicklung der internationalen Beziehungen einfach da wieder anzuknüpfen könnte, wo sie durch den Ausbruch des Weltkrieges abgebrochen wurde. In Worten, die von wahrer Menschlichkeit erfüllt sind, sucht er dem neuen Geist seine Bahn zu weisen und entwirft das Bild einer neuen Weltordnung, wie sie seiner Ansicht nach zum Heile der kommenden Geschlechter aus diesem Weltkriege hervorgehen muß. Internationale Weltabstimmung, obligatorisches Schiedsgericht, keine territorialen Vergrößerungen, unbedingte Wirtschaftsfreiheit, das sind die Prinzipien, deren gleichmäßige und allgemeine Durchführung die Welt vor der Wiederkehr der Katastrophe sichern würde, die wir durchmachten und in der wir heute noch stehen. Wenn der österreichisch-ungarische Staatsmann mit dieser Sicherheit für die künftige internationale Ordnung eintritt, so steht er dabei auf dem feiten Boden der nicht mehr zu erschütternden Kriegsergebnisse. Zu ihnen zählt er vor allem die Befestigung des Dogmas, daß Österreich-Ungarn ein lebender Staat sei. Nur ein Staat, der kämpfend sein Lebensrecht erwiesen und seinen Platz in der Völkergemeinschaft gegen alle Angriffe sichergestellt hat, vermag die Hand zu Vereinerbarungen zu bieten, die nur in einer rücksichtslosen gegenseitigen Anerkennung der staatlichen Lebensrechte möglich sind. Das gilt, wie für Österreich-Ungarn, so auch für alle Glieder unseres Bundes. Es entspricht dem Bewußtsein unserer gemeinsamen Stärke, wenn Graf Czernin erwartet, daß die gegnerischen Kriegsziele, von denen unsere Feinde schon vieles aufgegeben haben, noch weiter zusammenzürumpfen werden. Den großen Worten der feindlichen Staatsmänner steht es die großen und starken Tatsachen entgegen, die uns eine Sprache der Verantwortlichkeit gestatten. Aber auch darüber läßt Graf Czernin keinen Zweifel. Sollen die Feinde die Fortsetzung des Krieges, so sind auch wir in unseren Entschlüssen frei und auch das jetzt aufgestellte Programm nicht gebunden. Nach warten wir darauf, ob auch auf der anderen Seite sich der Geist vernehmen lassen will. Daß diese Zeit des Wartens nicht unbegrenzt ist, sprach Graf Czernin mit Kraft und Nachdruck aus.

Die Antwort des Sultans an den Papst.

Das Handschreiben des Sultans auf die Note des Papstes bezieht u. a.: Die von Wärme und Lokalität erfüllten Ermahnungen des heiligen Stuhles haben uns umso empfänglicher gefunden, als unsere Regierung, so wie sie stets zu erklären den Mut hat, kein unbedingtes Ziel verfolgt, weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir sind gezwungen worden, für die Erhaltung der Existenz und Unabhängigkeit, sowie der freien Entwicklung unseres Landes zu kämpfen. Dieses absolut berechtigte Ziel, das hauptsächlich in der Sicherung der Rechte unserer Völler und in der ungehinderten Souveränität über das ganze Gebiet unserer nationalen Grenzen besteht, ist es, das wir noch heute verfolgen. Das Handschreiben nimmt sodann Bezug auf den gemeinsamen Versuch des Vierbundes, den Frieden herbeizuführen und verichert die Zustimmung der Türkei zu den Vorschlägen des Papstes. Die Note schließt, nachdem sie diese Vorschläge im einzelnen gemüßigt, mit den Worten: „So meinen wir, daß die Vorschläge Eurer Heiligkeit eine feste Grundlage dafür enthalten, den gegenwärtigen Konflikt beizulegen, und einen allgemeinen und dauernden Frieden herbeizuführen. Wir sind auch überzeugt, daß, wenn unsere Gegner von heute von den gleichen Gedanken und solchen Gefühlen befeuert sind, die mit unseren oben gekennzeichneten berechtigten Zielen vereinbar sind, der Einleitung von Friedensverhandlungen, wie Eure Heiligkeit es in dem Edelmut Ihres Erbrens wünschen, nichts im Wege stünde. Der Allmächtige erhalte stets Euer Heiligkeit in dem Adel ihres Erbrens. Der Allmächtige nehme Euer Heiligkeit stets in seinen göttlichen Schutz.“

Ein neuer Vermittlungsvorschlag des Papstes. Von der italienischen Grenze wird gemeldet, daß ein neuer Vermittlungsvorschlag des Papstes ergangen sei. Das Organ des italienischen Ministers des Innern, „Giornale d'Italia“, bestätigt diese Mitteilung und berichtet, daß der Papst eine zweite Note mit Abrüstungsvorschlägen den Kriegführenden unterbreiten werde.

Totio durch einen Tsifun verheert. Ein Reuterstelegramm vom 4. d. M. meldet: Ein Tsifun von nie dagewesener Stärke hat Totio gestern am frühen Morgen verheert. Hunderttausende von Menschen sind obdachlos. Hunderte wurden getötet, verletzt oder werden vermisst.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 4. Oktober.

Badisches Staatsschuldbuch. Die bisherige Benützung des Staatsschuldbuchs ergibt sich aus folgender Entzifferung der nach dem Stand auf 30. September 1917 eingetragenen Forderungen:

Stäffeln	4%		3 1/2%		3%		zusammen	
	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag
bis 4000	808	1234500	57	101700	1	1000	866	1337200
4001 bis 10000	284	1990700	45	310500	1	9200	330	2310400
10001 bis 100000	321	10514200	55	2150800			376	12665000
100001 bis 1 Mill.	36	10114000	15	5155300			51	15269300
über 1 Mill.	6	15842600					6	15842600
zusammen	1455	39626000	172	7718300	2	10900	1629	47424500

Demnach sind jetzt 1629 Konten mit 47 424 500 M. Buchforderungen vorhanden. Die Eintragungen auf Grund von Bareinzahlungen belaufen sich seit 1. Januar 1913, d. i. seit Errichtung des Staatsschuldbuchs, auf 9 276 700 M.

Nr. 76 des Gesetzes und Verordnungsblattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, die Postordnung für das deutsche Reich betreffend.

oc. Zur 7. Kriegsanleihe zeichnen: Eisenwerke Gaggenau 750 000 M., Bad. Maschinenfabrik und Eisengießerei in Durlach 500 000 M., Rheinische Zigarrenfabriken Bing u. Co. Mannheim 200 000 M., Stadt Waldbrunn 100 000 M., Gemeinde Buchen 250 000 M.

BC. Mannheim, 30. Sept. Der Gehaltsausschuß hat die vom Oberbürgermeister ausgearbeiteten Grundzüge über Erhöhung der Gehälter und Löhne der städtischen Beamten und Arbeiter im allgemeinen beraten und im wesentlichen gebilligt. Die Durchführung des Vorschlages erfordert einen hohen Betrag, dessen Deckung noch gefunden werden muß. Die Angelegenheit wird nach bester Möglichkeit beschleunigt und im Laufe weniger Wochen dem Stadtrat und dann dem Bürgerausschuß vorgelegt werden. Es wird beabsichtigt, die Maßnahmen vom 1. Juli 1917 ab wirksam werden zu lassen.

oc. Heidelberg, 1. Okt. Am schwarzen Brett der Universität ist ein Aufruf angeschlagen, in welchem an die Studentinnen die Aufforderung gerichtet ist, mitzugeben, um Männer frei zu machen für die Front. Um diese Männer zu erleben und ihnen Waffen zu schaffen, sollen Frauen aller Stände in die Reihen ihrer Schwestern in die Fabriken treten.

BC. Heidelberg, 3. Okt. Das Ergebnis des Gefangenenopfertages im Bezirk Heidelberg wird auf etwa 85 000 Mark geschätzt. Die Straßensammlung hat allein 11 000 M. ergeben.

BC. Bruchsal, 30. Sept. Dem kühnen Führer der Luftkriegerkräfte gegen England, Fregattenkapitän Straffer, hat der Stadtrat zur Vereidung der höchsten Kriegsauszeichnung, des Ordens Bour le mérite, die Glückwünsche der Stadt ausgesprochen und dem Gefühl freudigen Stolzes Ausdruck gegeben, daß ein Bürger der Stadt Bruchsal dieser hohen Auszeichnung teilhaftig geworden ist.

Gppingen, 2. Okt. Am Sonntag abend fand hier eine staatsbesuchte vaterländische Feier zu Hindenburgs 70. Geburtstag statt. Der Festrede des Herrn Reichsdirektor Schulze folgte ein Vortragsvortrag des Herrn Prof. Dr. Gutmann über „Deutschland im 4. Kriegsjahr“. Musikalische und gesangliche Darbietungen unter Leitung des Herrn Reallehrer Riemenperger und Gedichtvorträge ergänzten das Programm der wohlgeleiteten Veranstaltung. Das Schlusswort sprach namens des Vortragsausschusses Herr Amtmann Münch.

BC. Freiburg, 30. Sept. Der Stadtrat hat beschlossen, den Freiburger Hühnerhaltern, die noch nichts oder nur 25 Prozent der Pflichtmengen abgeliefert haben, bei der nächsten Kartenausgabe die Zuckerkarte zu entziehen.

BC. Freiburg, 30. Sept. Der Stadtrat wird auch in diesem Jahre zusammen mit dem „Roten Kreuz“ eine Sendung von Weihnachtsgaben an die Truppen im Felde senden, insbesondere an die Regimenter, die hier ihren Standort haben oder hier aufgestellt wurden. Der Stadtrat hat beschlossen, sämtliche Schulkinder im Höhe von 5 Pfund auf den Kopf mit Obst zu beliefern, und zwar unentgeltlich. Der dadurch entstehende Aufwand in Höhe von 5-6000 M. wird auf die Stadtkasse übernommen. Um der ärmeren Bevölkerung die Einbindung mit Kartoffeln aus Beständen des Kommunalverbandes zu ermöglichen, hat der Stadtrat die Abgabe gegen Teilzahlung genehmigt.

Freiburg, 1. Okt. Der Gemeinderat hat beschlossen, den hiesigen Kriegervfamilien, als Wintervortrag, für jedes Kind 25 Pfund haltbare Äpfel unentgeltlich zu verabreichen. Auch sollen, wie im letzten Jahr, den bedürftigen Kriegervfamilien von der Gemeinde wieder ein Eter Holz, einige Zentner Bricketts und je nach der Größe der Haushaltung, ein entsprechender Kartoffelvortrag umsonst zur Verfügung gestellt werden.

oc. Rastatt, 30. Sept. Die Verleger und Redakteure der in Oberbaden erscheinenden politischen Tageszeitungen verschiedener Parteizugehörigkeiten haben in einer öffentlichen Kundmachung als die berufenen Vertreter der öffentlichen Meinung am Bodensee und im Schwarzwald ihrer größten Entrüstung über die Antwort des Präsidenten Wilson und seiner treuen Einnischung in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands Ausdruck gegeben.

BC. Rastatt, 3. Okt. Auf die vom Oberbadischen Zeitungsverlegerverein erlassene und dem Kaiser überreichte Protestkundgebung gegen die Wilsonnote ist an den 1. Vorsitzenden des Vereins, Dr. Reng (Rastatt), folgendes Danktelegramm aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen:

Großes Hauptquartier, 1. Okt. S. M. der Kaiser haben von der vaterländischen Kundgebung der Schriftleiter und Verleger der Zeitungen des Oberbadischen Zeitungsverlegervereins mit besonderer Freude Kenntnis genommen und lassen herzlich danken. Geh. Kabinettsrat von Valentini.

Konstanz, 3. Okt. (W.L.B.) Gestern nachmittag 2.56 Uhr trafen wieder 226 bisher in der Schweiz interniert gewesene Deutsche hier ein, darunter 30 Offiziere und viele Zivilisten. Unter den Heimkehrenden befindet sich auch der Generalmajor Graf Pfeil. Die Begrüßung der Angekommenen trug das übliche herzliche Gepräge.

Aus der Pfalz.

Großherzogliches Hoftheater. Für die Durlacher Theaterbesucher, für welche der Schnellzug 10.54 Uhr nicht mehr bemutbar ist, werden zwei vom Rheinbahn kommende Spätzüge der Straßendahn um 10 Uhr 30 und 10 Uhr 50 ab Marktplatz nach Durlach durchgeführt.

Liefert Gold ab!

Neueste Drabtnnachrichten.

W.L.B. Großes Hauptquartier, 4. Okt., vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die gestrige Kampftätigkeit des Feindes in Flandern glich der an den Vortagen: Tief in das Gelände hinter unsere Stellungen reichendes und auf die belgischen Ortschaften gerichtetes starkes Störungsfeuer, gegen einzelne Abschnitte unserer Kampfzonen in der Mitte der Schlachtfrent zu beständigster Wirkung in Feuertröhen zusammengefaßt.

Die Nacht hindurch hielt vom Houthousterwald bis zur Aus der gewaltige Artilleriekampf unermüdet an; heute morgen steigerte er sich zum Trommelfeuer.

Mit dem Einsatz starker englischer Angriffe im Bogen um Ypern ist die Schlacht in Flandern von neuem entbrannt.

Bei den anderen Armeen war infolge schlechter Beobachtungen die Gefechtsstärke tagsüber meist auf ein geringes Maß beschränkt; erst gegen Abend lebte sie auf. Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas setzte bei Einbruch der Dunkelheit schlagartig stärkstes Feuer an der Höhe 344 östlich von Samogneux ein. Tief gegliedert brachen die Franzosen bald darauf zum Angriff vor, um die von uns dort gewonnenen Stellungen zurückzuerobern. Der Ansturm brach in der Abwehrwirkung unserer Artillerie und an der zähen Widerstandskraft der Württemberger verlustreich und ergebnislos zusammen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Lebhafteste Artilleriekämpfe entspannen sich zeitweilig südwestlich der Mosel und im Sundgau; Angriffe erfolgten dort nicht.

Östlicher Kriegsschauplatz.
Bei Jakobstadt, Dünaburg und am Jbrucz, sowie am Donauknick bei Galatz nahm die Feuerstärke vorübergehend zu; Erkundungsgesichte verliefen an mehreren Stellen erfolgreich.

Mazedonische Front.
Die Lage ist unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

B.L.B. Buenos-Aires, 4. Okt. (Nichtamtlich.) Ag. Savas. Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten hat beschlossen, ihre Mandate niederzulegen, da der Bruch mit Deutschland beschlossen worden sei, ohne daß die Sozialisten zugestimmt hätten.

B.L.B. London, 4. Okt. (Nichtamtlich.) Aus einer vom Reuterschen Bureau veröffentlichten Zusammenstellung von Verkehrsunfällen, bei denen Personen zu Schaden kamen, oder durch Luftangriffe verursachten Unfälle geht hervor, daß vom Januar bis Oktober d. J. im

Polizeibezirk London durch Luftangriffe 192 Personen getötet und 749 verwundet wurden.

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil:
Hauptredakteur C. Amen in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Bekanntmachung vom 20. September 1917 für den 8. Oktober 1917 eine allgemeine Bestands- und Verbrauchsaufnahme von Papier, Karton und Pappe angeordnet worden ist. Die vorgeschriebenen Anzeigen sind nicht nur von den an der Papierherstellung, dem Papierhandel und der Papierverarbeitung beteiligten Gewerbetreibenden, sondern von allen Verbrauchern zu erhalten, deren Bezug im Jahre mehr als 1000 Kilogramm betragen hat.

Es wird nochmals empfohlen, die für die Meldung vorgeschriebenen Fragebogen unterzüglich von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe, Berlin C 2, Breite Straße 8/9, gegen Entsendung von 30 Pf. für 3 Fragebogen, 25 Pf. für deren Überendung und eines mit der Anschrift des Anzeigepflichtigen versehenen Antwortscheines einzufordern. Das Unterlassen der Anzeige zieht die in der Bekanntmachung angeordneten Strafen nach sich und kann weitere erhebliche geschäftliche Nachteile für den Eigentümer zur Folge haben.

Am 2. d. M. verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Verbindungsbruder

Bertold Daumiller

(aktiv 85/86)
Großh. Oberförster, Hauptmann d. L.

Ritter des Zähringer Löwenordens I. Klasse
und Inhaber des Kriegs-Verdienstkreuzes.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1917. E.354

Forstverbindung Hubertia.

Kinder!

sammelt Spitzwegerich
und Kernobstkerne.

Der **Tierschutzverein**, Solfenstr. 26 (täglich 12-10) zahlt für **Kerne von Nüssen und Birnen** 40 Pf. für den halben Liter und für den Bündel **Spitzwegerich** 10 Pf.

Schreibmaschinen

gangbare Systeme,
kauft gegen Kasse

Schäfer & Clauss
Berlin W 8
Leipzigerstraße 19

Kriegsanleihe ohne Anzahlung

durch die Kriegsanleihe-Versicherung.
Auskunft erteilt der Allgemeine Deutsche Versicherungs-Berein a. G., Bezirksdirektion Karlsruhe (Baden), Gartenstraße 44a, Fernsprecher 518. Das Geburtsdatum gefl. angeben.

Rudolph Böcking & Cie.

Erben Stumm-Halberg und Rud. Böcking G. m. b. H.

Post und Bahnstation Brebach **HALBERGERHÜTTE** Fernsprecher Nr. 35 Saarbrücken

Muffen- und Flanschen-Röhren von 25 bis 1700 mm Durchmesser

Abflußröhren und Kanalisations-Artikel aller Art

Schachtabdeckungen
180° umlegbar mit verkehrssicherer Entlüftung und Sicherheitsverschluß

Fettfänge D. R. G. M.

Benzinabscheider D. R. G. M.

Spültüren

Wendeltreppen, Handels-Gewichte

Schlackensteine

Fettfang

Geringe Anschaffungskosten
Größte Fettausbeute

Straßensinkkasten
D. R. G. M.
mit Trockenschlammgewinnung

Hochwasserverschlüsse
D. R. G. M.

Schieber mit Rollenkeilverschluß

Säulen, Bauguß, Radiatoren

Schlackensand

Vertreter: J. JAECKERT, Straßburg i. Els., Kalbgsasse 6, Fernruf 1070

Nächste Badische Krieger-Geld-Lotterie
Ziehung garantiert 10. Okt. 3264 Geldgew. u. 1 Prämie bar Gold **37 000 M.**
Mögl. Höchstgewinn **20 000 M.**
3263 Geldgewinne **17 000 M.**
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 30 Pfg. empf. Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer**
Straßburg i. E. Langestraße 107
Filiale Kehl a. Rh. Hauptstraße 47 u. **Franz Pecher**
Karlsruhe, Zirkel 30 Gewerksbank
Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Zur vorletzten Klasse

Preuß.-südb. Staatslotterie am 9./10. Oktober habe ich noch Kauflose verfügbar und zwar

1/4	1/2	1/4	1/4	Teil
20.-	40.-	80.-	160.-	Mark

die ich neben Kriegsanleihen und Schantheilungen besonders empfehle, auch Kriegsanleiheversicherungen für 1000 Mark, nur 150 Mark Einzahlung, nehme an E.353

Ludwig Götz
Großh. Bad. Lottereeinnehmer
Sebelstr. 11/15, beim Rathaus

In der außerordentlichen Generalversammlung der Forzheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., vom 24. August 1917 wurde einstimmig beschlossen, das Stammkapital von Mk. 75 000 auf Mk. 50 000 zu ermäßigen. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche geltend zu machen. Forzheim, den 28. September 1917. R.372.32

Forzheimer General-Anzeiger, G. m. b. H.
Der Geschäftsführer: Ad. Jander mü h l e.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Montag, den 22. Oktober 1917, vormittags 11 1/2 Uhr, in Gaggenau im Geschäftslokal der Gesellschaft stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen. E.356

Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichts sowie des Abschlußes und der Gewinn- und Verlustrechnung vom 30. Juni 1917.
2. Genehmigung des Abschlußes und der Gewinn- und Verlustrechnung, Genehmigung der Verwendung des Reingewinns

und der Erteilung der Entlastung.
3. Abänderung der Gesellschaftsstatuten:
a) Der § 2 Absatz 1 soll künftig lauten:
„Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Maschinen und Eisenwaren aller Art, ebenso auch anderer durch die Fabrikationseinrichtungen herstellbarer Erzeugnisse.“
b) Die Ziffern 2-5 des § 4 werden aufgehoben.
c) Der zweite Absatz des § 17 wird aufgehoben.

d) Ermächtigung des Aufsichtsrates zur neuen Fassung der Statuten in sprachlicher Hinsicht.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien resp. Depot-scheine nach den näheren Bestimmungen des § 17 unseres Statuts mit doppeltem Nummernverzeichnis in Gaggenau bei der Gesellschaftskasse, in Berlin bei dem Bankhaus, Richard Schreib, in Karlsruhe bei der Filiale der Mitteldeutschen Creditbank bis spätestens am Freitag, den 19. Oktober a. c., abends 6 Uhr, in den üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen. Gaggenau, 2. Okt. 1917.

Eisenwerke Gaggenau Aktiengesellschaft
Der Aufsichtsrat:
Richard Schreib.

Bürgerliche Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.

R.378.21. **Achern.** Der Glaser **Ludwig Kimmig** in Oberkirch, z. Bt. Musikant beim Infanti-Musik-Gen.-Ausbildungs-Kom. III. A.-K., Abt. 1 c. 3. Korporalsch., Jüterbog, Neues Lager, hat beantragt, die verstorlene **Sophie Kimmig**, geboren am 21. Februar 1842 zu Ottenhöfen, hierlands, zuletzt wohnhaft in Ottenhöfen, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Mittwoch, den 8. Mai 1918, vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht II. Stad. Zimmer 34/35, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die

Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Achern, 2. Okt. 1917. Großh. Amtsgericht.

Bahnhofswirtschaftsvergebung.

Die Bahnhofswirtschaft in dem badischen Personenbahnhof in Basel mit Wohnung für den Pächter ist auf 1. Januar 1918 anderweitig zu vergeben. Zur Zeit und voraussichtlich noch für die Dauer des Kriegs ist dieser Bahnhof geschlossen. Pachtangebote sind, mit Vermögens- und Vermögenszeugnissen belegt und mit der Aufschrift „Pacht der Bahnhofswirtschaft in Basel Bad. Sib.“ versehen, bis zum 25. Okt. 1917 verschlossen bei der Gr. Betriebsinspektion Basel in Vorrath, einzureichen, bei der auch die Bedingungen erhoben werden können. Der

Pachtbetrag für die Dauer der gegenwärtigen Verhältnisse bis zur Wiederaufnahme des Personenverkehrs ist besonders anzugeben. Karlsruhe, 2. Okt. 1917. Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Frachtermäßigung für leere Cierkisten.

Mit Gültigkeit vom 8. Okt. 1917 wird die für die eigentümliche Beförderung von leeren, für die Frachtförderung besonders eingerichteten Kisten zugehörigen Frachtkosten ermäßigt. Die Fracht unter den bisherigen Anwendungsbedingungen und im bisherigen Geltungsbereich nach dem Spezialtarif für bestimmte Stückgüter für das abgerundete wirkliche Gewicht berechnet wird. R.379 Karlsruhe, 3. Okt. 1917. Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.